

814

9. Mai 1979

Gesuch des Staatsrates des Kantons Genf vom 18. April 1979 um
 Uebernahme von Kosten für die Erfüllung sicherheitspolizeilicher
 Aufgaben des Bundes, Kredit Fr. 1,3 Mio

Justiz- und Polizeidepartement. Antrag vom 30. April 1979 (Beilage)
 Politisches Departement. Mitbericht vom 1. Mai 1979 (Beilage)
 Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 1. Mai 1979 (Beilage)
 Justiz- und Polizeidepartement. Stellungnahme vom 8. Mai 1979
 (Beilage)
 Politisches Departement. Vernehmlassung vom 9. Mai 1979
 (Zustimmung)
 Finanz- und Zolldepartement. Vernehmlassung vom 8. Mai 1979
 (Zustimmung)

Gestützt auf den Antrag des Justiz- und Polizeidepartements und auf
 das Mitberichtsverfahren hat der Bundesrat

b e s c h l o s s e n :

1. Dem Kanton Genf wird für die Jahre 1978 und 1979 für ausser-
 ordentliche Schutzaufgaben im Interesse des Bundes je ein Beitrag
 von 1,3 Mio Franken zugesprochen.
2. Zusammen mit dem Nachtrag 1 zum Voranschlag 1979 ist den eidge-
 nössischen Räten auf der Rubrik 405.373.04 ein Nachtragskredit-
 begehren von 1 Mio Franken zu unterbreiten.

Die eidgenössischen Räte sind in der Botschaft zum Nachtrag 1
 über die Verwendung der 1,6 Mio Franken auf der Rubrik 405.373.04
 zugunsten des Kantons Genf zu informieren.

3. Der dem Kanton Genf für das Jahr 1980 auszurichtende Beitrag von
 1,3 Mio Franken wird mit dem Voranschlag 1980 beantragt. Für die
 folgenden Jahre ist die Entschädigung vom Eidgenössischen Justiz-
 und Polizeidepartement im Rahmen der noch zu schaffenden Rechts-
 grundlage zu überprüfen. Sie kann im Einvernehmen mit dem Eidge-
 nössischen Finanz- und Zolldepartement den ausgewiesenen Aufwendun-
 gen angepasst werden.
4. Der Antwortentwurf an den Staatsrat des Kantons Genf wird genehmigt
 (siehe Beilage).

Mitteilung:

An den Staatsrat des Kantons Genf, durch die Bundeskanzlei

Protokollauszug (Antrag ohne Beilage) an:

- JPD	5	zum	Vollzug
- FZD	7	"	"
- EPD	6	zur	Kenntnis
- EFK	2	"	"
- FinDel	2	"	"

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Schwaib

Dodis



3003 Bern, 30. April 1979

Ausgeteilt

An den
Bundesrat

Gesuch des Staatsrates des Kantons Genf vom 18. April 1979
zur Uebernahme von Kosten für die Erfüllung
sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes

Mit Schreiben vom 18. April 1979 ersucht der Staatsrat des Kantons Genf den Bundesrat um finanzielle Zuwendungen für die Jahre 1978 und 1979. Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Mit Beschluss vom 21. Dezember 1977 hat der Bundesrat entschieden, dem Kanton Genf für das Jahr 1977 für die Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes einen Beitrag von 1,3 Millionen Franken zuzusprechen. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat in seinem Antrag vom 13. Oktober 1977 diesen Beitrag an den Kanton Genf ausführlich begründet.
2. In Artikel 4 Absatz 4 des Bundesgesetzes vom 9. März 1978 über die Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes wurde festgelegt, dass der Bund denjenigen Kantonen, die in aussergewöhnlichem Mass sicherheitspolizeiliche Aufgaben im Interesse des Bundes zu erfüllen haben, Beiträge ausrichten könne. Für Genf war ein angemessener Beitrag vorgesehen.

In seiner Antwort vom 6. März 1978 auf ein Schreiben des Staatsrates des Kantons Genf vom 25. Januar 1978 hat der Bundesrat der Genfer Regierung erklärt, "si ladite loi n'entre pas en vigueur, le Conseil fédéral devra régler spécialement la question

de l'indemnité à accorder à votre canton". Diese Situation ist nun eingetreten.

3. Die Beitragsleistung an Genf ist in Zusammenhang zu bringen mit dem Fall der Stadt Bern. Mit Beschluss vom 12. März 1973 hat der Bundesrat der Stadt Bern an die Aufwendungen für ausserordentliche Polizeiaufgaben, die auf die Stellung als Bundesstadt zurückzuführen sind, einen jährlichen Beitrag bewilligt. So erhielt die Stadt Bern 1978 1,5 Millionen Franken, und ein analoger Betrag ist für 1979 vorgesehen. Es bestehen keine Gründe, den Kanton Genf anders zu behandeln als die Stadt Bern. In Bern steht neben dem Schutz ausländischer Vertretungen der Schutz und die Ueberwachung der Bundeshäuser im Vordergrund; wogegen in Genf die ausserordentlichen polizeilichen Schutzmassnahmen aus völkerrechtlicher Verpflichtung (neben dem Schutz der diplomatischen Missionen vor allem der Schutz internationaler Konferenzen) ins Gewicht fallen. So finden beispielsweise in Genf mehr UNO-Konferenzen statt als in New York.
4. Eine eigentliche gesetzliche Grundlage für Bundesbeiträge an die Kantone oder Gemeinden für die Durchführung polizeilicher Aufgaben zugunsten des Bundes besteht nicht. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement wird das Problem, in welcher Weise auf diesem Gebiet rechtlich einwandfreie Verhältnisse geschaffen werden können, in Bearbeitung nehmen. Dies ist jedoch nicht von einem Tag auf den andern möglich. Inzwischen kann sich der Bundesrat auf Artikel 102 Ziffern 8 - 10 Bundesverfassung abstützen, da es heute unbestritten ist, dass sich aus dieser Bestimmung eine selbständige Polizei-Verordnungskompetenz des Bundesrates ergibt.
5. Wir stellen im Einverständnis mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung folgende

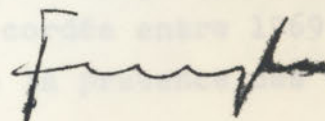
A n t r ä g e :

- 5.1. Es sei dem Kanton Genf für die Jahre 1978 und 1979 für ausserordentliche Schutzaufgaben im Interesse des Bundes je ein Beitrag von 1,5 Millionen Franken zuzusprechen.
- 5.2. Zusammen mit dem Nachtrag I zum Voranschlag 1979 wird den eidg. Räten auf der Rubrik 405.373.04 ein Nachtragskreditbegehren von 3 Millionen Franken (1978 und 1979 je 1,5 Millionen Franken) unterbreitet.
- 5.3. Der dem Kanton Genf für das Jahr 1980 auszurichtende Beitrag von 1,5 Millionen Franken kann mit dem Voranschlag 1980 beantragt werden. Für die folgenden Jahre ist die Entschädigung vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zu überprüfen. Sie kann im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement den ausgewiesenen Aufwendungen angepasst werden.
- 5.4. Die Bundeskanzlei wird beauftragt, das Schreiben des Staatsrates des Kantons Genf vom 18. April 1979 zu beantworten.

Beilage

Schreiben des Staatsrates
des Kantons Genf vom 18. 4. 1979
(bereits verteilt)

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT


Protokollauszug an

- BK 5 zum Vollzug
- JPD 5 zum Vollzug
- EPD 5 zur Kenntnis
- FZD 7 zur Kenntnis
- EFK 2 zur Kenntnis
- FinDel 2 zur Kenntnis

DEPARTEMENT POLITIQUES FEDERAL

Pierre Aubert

o.104.10(1). - PO/vz

3003 Berne, le 1er mai 1979

DistribuéAu Conseil fédéral

Remboursement des frais de sécurité
encourus par le Canton de Genève.

C o - r a p p o r t


concernant la proposition du
Département fédéral de justice et police
du 30 avril 1979

Le département politique fédéral appuie la proposition du 30 avril du département fédéral de justice et police. Le remboursement des frais de sécurité est nécessaire en raison des charges importantes encourues par le canton de Genève; il est, en outre, dans l'intérêt politique et économique de la Confédération tout entière de maintenir le rôle international de Genève ce qui ne serait guère concevable sans mesures de sécurité adéquates.

Enfin, il convient de rappeler que le Conseil d'Etat de la République et Canton de Genève avait durement ressenti le refus de la Confédération de renouveler l'aide qu'elle lui a accordée entre 1969 et 1975 pour compenser les charges résultant de la présence des organisations internationales à Genève.

A cet égard aussi, la mesure qui est proposée au Conseil fédéral ne pourra manquer d'avoir un effet favorable.

DEPARTEMENT POLITIQUE FEDERAL


Pierre Aubert

3003 Bern, den 1. Mai 1979

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Gesuch des Staatsrates des Kantons Genf vom 18. April 1979
zur Uebernahme von Kosten für die Erfüllung sicherheits-
polizeilicher Aufgaben des Bundes

710.9

Mitbericht

zum Antrag JPD vom 30.4.79

Das Finanzdepartement ist mit den Anträgen des JPD grundsätzlich einverstanden.
Die kreditrechtliche Abwicklung möchten wir indessen gemäss den folgenden Ueber-
legungen gestalten:

Mit dem BB vom 13.12.78 über den VA 1979 wurden der Bundesanwaltschaft unter der
Rubrik "Ausserordentliche Schutzaufgaben der Kantone" (405.373.04) 3.1 Mio be-
willigt, wovon 1.5 Mio als Beitrag für die Stadt Bern und 1.6 Mio für die Stadt
Genf. Dieser zweite Betrag wurde "bis zum Inkrafttreten der Rechtsgrundlage" ge-
sperrt.

Wir werden dem Parlament in der Botschaft über den Nachtrag 1 zum VA 1979 mittei-
len, dass wir beabsichtigen, aus dem Kredit von 3.1 Mio einen Betrag von 1.6 Mio
an die Stadt Genf auszuzahlen und deshalb zusätzlich bloss noch 1.4 Mio mit dem
Nachtrag 1 beantragen.

- 2 -

Der Antrag 5.2 des JPD muss deshalb wie folgt lauten:

"Zusammen mit dem Nachtrag I zum Voranschlag 1979 wird den eidg. Räten auf der Rubrik 405.373.04 ein Nachtragskreditbegehren von 1.4 Mio Franken unterbreitet.

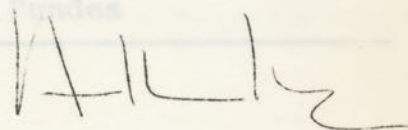
Die eidg. Räte sind in der Botschaft zum Nachtrag I über die Verwendung der 1.6 Mio Franken auf der Rubrik 405.373.04 zugunsten der Stadt Genf zu informieren."

3003 Bern, 8. Mai 1979

An den
Bundesrat

Gesuch des Stadtrates des Kantons Genève
zur Übernahme von Kosten für die Erfüllung
sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes

EIDG. FINANZ- UND ZOLLDEPARTEMENT



G.-A. Chevallaz

Nachtrag

zum Antrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements
vom 30. April 1979 und

Stellungnahme

zu den Mitberichten des Eidgenössischen Politischen Departements
vom 1. Mai 1979 und des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements
vom 1. Mai 1979

1. Mir sind mit den Mitberichten des Eidgenössischen Politischen
Departements und des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements
einverstanden.

2. Dem Kanton Genf wird für die Jahre 1978 und 1979 lediglich
ein Beitrag von je 1,3 Mio Franken gewährt. Für 1980 sind
ebenfalls 1,3 Mio Franken vorgesehen. Diese Regelung präjudi-
ziert in keiner Weise die Beitragsleistung an den Kanton Genf
für die folgenden Jahre.

3. Im Voranschlag der Bundesanwaltschaft 1979 sind folgende Beiträge vorgesehen:

3003 Bern, 8. Mai 1979

Ausgeteilt 1,6 Mio Franken für die An den
Bundesrat

- 1,6 Mio Franken für den X
(gespart bis zum Inkrafttreten der Rechtsgrundlage)

Gesuch des Staatsrates des Kantons Genf vom 18. April 1979 zur Uebernahme von Kosten für die Erfüllung sicherheitspolizeilicher Aufgaben des Bundes

N a c h t r a g

zum Antrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 30. April 1979 und

S t e l l u n g n a h m e

zu den Mitberichten des Eidgenössischen Politischen Departements vom 1. Mai 1979 und des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements vom 1. Mai 1979

1. Wir sind mit den Mitberichten des Eidgenössischen Politischen Departements und des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements einverstanden.
2. Dem Kanton Genf wird für die Jahre 1978 und 1979 lediglich ein Beitrag von je 1,3 Mio Franken gewährt. Für 1980 sind ebenfalls 1,3 Mio Franken vorgesehen. Diese Regelung präjudiziert in keiner Weise die Beitragsleistung an den Kanton Genf für die folgenden Jahre.

1980 beantragt. Für die folgenden Jahre ist die Fortschädigung vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Rahmen der noch zu schaffenden Rechtsgrundlage zu überprüfen. Sie kann im Einvernehmen mit

- 2 -

3. Im Voranschlag der Bundesanwaltschaft 1979 sind folgende Beiträge vorgesehen:

- 1,5 Mio Franken für die Stadt Bern
- 1,6 Mio Franken für den Kanton Genf
(gesperrt bis zum Inkrafttreten der Rechtsgrundlage)

d. h. zusammen 3,1 Mio Franken. Notwendig sind jedoch 4,1 Mio Franken. Daraus folgt, dass im Nachtrag 1 zum Voranschlag 1979 ein Nachtragskredit von 1 Mio Franken beantragt werden muss.

4. Demgemäss stellen wir folgende

A n t r ä g e :

4.1. Es sei dem Kanton Genf für die Jahre 1978 und 1979 für ausserordentliche Schutzaufgaben im Interesse des Bundes je ein Beitrag von 1,3 Mio Franken zuzusprechen.

4.2. Zusammen mit dem Nachtrag 1 zum Voranschlag 1979 wird den eidgenössischen Räten auf der Rubrik 405.373.04 ein Nachtragskreditbegehren von 1 Mio Franken unterbreitet.

Die eidgenössischen Räte sind in der Botschaft zum Nachtrag 1 über die Verwendung der 1,6 Mio Franken auf der Rubrik 405.373.04 zugunsten des Kantons Genf zu informieren.

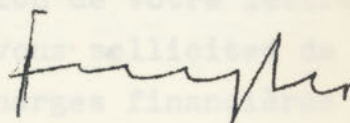
4.3. Der dem Kanton Genf für das Jahr 1980 auszurichtende Beitrag von 1,3 Mio Franken wird mit dem Voranschlag 1980 beantragt. Für die folgenden Jahre ist die Entschädigung vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement im Rahmen der noch zu schaffenden Rechtsgrundlage zu überprüfen. Sie kann im Einvernehmen mit

- 3 -

dem Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartement den ausgewiesenen Aufwendungen angepasst werden.

- 4.4. Beiliegender Antwortentwurf an den Staatsrat des Kantons Genf wird genehmigt.

EIDGENOESSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT



Beilage

Entwurf Antwort an den
Staatsrat des Kantons Genf

Protokollauszug an

- BK 5 zum Vollzug
- JPD 5 zum Vollzug
- FZD 7 zum Vollzug
- EPD 5 zur Kenntnis
- EFK 2 zur Kenntnis
- FinDel 2 zur Kenntnis

Le Chancelier de la Confédération

Huber

9. Mai 1979

Au Conseil d'Etat de la
République et canton de
Genève

1200 Genève

Fidèles et chers Confédérés,

Le Conseil fédéral accuse réception de votre lettre du 18 avril 1979 concernant l'indemnité que vous sollicitez de la Confédération comme participation aux charges financières supportées par votre canton dans le cadre des mesures dites de sécurité. Le projet de loi fédérale sur l'accomplissement des tâches de la Confédération en matière de police de sécurité ayant été repoussé entre-temps par le peuple, le Conseil fédéral a ré-examiné la situation et a décidé de vous allouer une indemnité annuelle de fr. 1.300.000.-- pour les années 1978 et 1979. Un montant identique a été inscrit au budget de 1980.

Il faut toutefois relever qu'en l'occurrence une véritable base légale fait défaut et que le Conseil fédéral se fonde sur l'article 102, chiffres 8 à 10 de la constitution fédérale. L'aspect juridique de la question va être examiné. Pour cette raison, la réglementation pour les années 1978-1980 ne peut en aucune manière préjuger des prestations pour les années qui suivront.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

3003 Berne, le 9 mai 1979

Au nom du Conseil fédéral Suisse
Le Président de la Confédération
Hürlimann

Le Chancelier de la Confédération

Huber